



Antragsteller*in:

Students for Palestine Freiburg

Antragsinhalt:

Die Vollversammlung möge beschließen,

politische Diskurse und Bildungsveranstaltungen zum Thema Palästina an der Universität Freiburg zukünftig zuzulassen und zu unterstützen. Die Universitätsleitung wird aufgefordert, Beschränkungen oder Verbote solcher Veranstaltungen aufzuheben und den Auftrag der Hochschule zur Förderung von Wissenschafts- und Meinungsfreiheit ernstzunehmen. Die Vollversammlung fordert daher, dass Diskussionen, Vorträge und Informationsveranstaltungen zum Thema Palästina künftig nicht mehr pauschal, willkürlich und systematisch verboten oder behindert werden, solange sie im Rahmen wissenschaftlicher Diskurse und demokratischer Werte erfolgen.

Begründung:

Eine Universität ist dem freien Austausch von Ideen verpflichtet – auch (und gerade) wenn diese politisch brisant oder “kontrovers” sind. In der Vergangenheit fanden an der Universität Freiburg regelmäßig Veranstaltungen zu politischen Themen statt, ohne dass dies in Frage gestellt wurde. Politischer Diskurs ist Teil der Hochschulkultur (und es muss so sein). Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit sind im Grundgesetz verankerte Werte (Art. 5 GG) und gelten auch an der Hochschule. Im Leitbild der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg heißt es ausdrücklich: „Pluralität und wissenschaftliche Erkenntnisse schützen wir vor wissenschaftsfeindlichen und undemokratischen Strömungen.“ Dieses Prinzip verpflichtet die Universität, pluralistische Debatten zuzulassen und zu schützen, statt bestimmte Positionen – wie aktuell die palästinensischen Geschichten, Stimmen und Perspektiven – zu unterdrücken. Die Studierendenschaft fordert daher, dass Diskussionen, Vorträge und Informationsveranstaltungen zum Thema Palästina künftig nicht mehr pauschal verboten oder behindert werden, solange sie im Rahmen wissenschaftlicher Diskurse und demokratischer Werte erfolgen. Vielmehr soll die Universität ihre Räumlichkeiten und organisatorische Unterstützung zur Verfügung stellen, um einen offenen Dialog zu ermöglichen. Dies entspricht dem Bildungsauftrag der Hochschule, fördert kritisches Denken und trägt dazu bei, Vorurteile durch Aufklärung zu überwinden. Diskursfreiheit zu Palästina ist unerlässlich, um wissenschaftliche Aufarbeitung, historisches Verständnis und pluralistische Meinungsbildung innerhalb der Universitätsgemeinschaft zu gewährleisten.

Hinweis:

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter*innen“ statt „Mitarbeiter“).